

In den letzten Jahren haben Anzahl und Bedeutung von sogenannten NGOs (Non-Governmental Organisations) zugenommen, und sie prägen die öffentliche Meinung, vor allem zu Fragen der Globalisierung, so stark wie nie zuvor. Welchen Beitrag können die Akteure der Zivilgesellschaft zur Gestaltung der Wirtschaft und Politik leisten, und wie wird dieser Beitrag eingeschätzt?

Nichtregierungsorganisationen als unverzichtbare Partner im Politikdialog

Die Menschheit steht vor den vielleicht größten Aufgaben ihrer Geschichte. Viele Herausforderungen sind überlebenswichtig: die Armut besiegen, den Hunger überwinden, das Bevölkerungswachstum eindämmen, die Schöpfung bewahren, den Klimawandel bekämpfen, die Dekarbonisierung einleiten, für Frieden in der Welt sorgen – und all dieses nicht nur politisch organisieren, sondern auch zukunftsweisend finanzieren.

Die 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedeten 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung markieren einen Paradigmenwechsel, denn mit der Unterzeichnung der »Agenda 2030« bekennen sich erstmals alle Staaten zu der Verpflichtung, ihren Beitrag zu gerechter und tragfähiger Entwicklung innerhalb der ökologischen Grenzen zu leisten. Gefordert ist nicht weniger als eine Entwicklungspolitik für den ganzen Planeten. Denn alle Länder – auch unseres – sind in diesem Sinne Entwicklungsländer.

Wirkung entfalten kann dieser Paradigmenwechsel nur gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Akteuren. Und so ist es nur folgerichtig, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gleich zu Beginn der Legislaturperiode Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, den politischen Stiftungen und aus der Zivilgesellschaft eingeladen hat, gemeinsam Vorschläge, Konzepte und Programme für eine gemeinsame Zukunftscharta zu formulieren.

Politik als Ausdruck der gemeinsamen Sorge um Zukunftsfragen

In Zukunftsfragen intensiv mit der Zivilgesellschaft zusammen zu arbeiten, dafür gibt es viele gute Gründe. Der erste Grund liegt in unserem Politikverständnis. Die eine Traditionslinie betont im Anschluss an Machiavelli, Hobbes und Weber das Streben nach Macht, wobei oftmals der Zweck die Mittel heiligt. Die andere Grundlinie ist mir näher. Sie betont in Fortführung des Denkens von Aristoteles und Platon die Sorge um das Gemeinwohl. Lebendig blieb dieses Denken bei Augustin, Thomas von Aquin, der Reformation, deren 500-jähriges Bestehen wir 2017 feiern. Unsere Entwicklungspolitik stellt den Menschen samt seinen Bedürfnissen und Entfaltungsmöglichkeiten in den Mittelpunkt. Daraus folgt auch unser Glaube an die Verantwortung und die Fähigkeiten jedes Einzelnen.

Sozialethische Grundlagen unserer Zusammenarbeit

Diese Vorstellungen gründen nicht zuletzt in den drei Prinzipien der christlichen Sozialethik. An erster Stelle die *Personalität*. Das ist die Idee von Artikel 1 unseres Grundgesetz: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Jeder hat das Recht auf ein Leben in Würde – ob er nun in Deutschland geboren wurde oder woanders auf der Welt. Jeder zählt, keiner darf einfach abgehängt werden. Damit verbunden ist zweitens der Gedanke der *Subsidiarität*, also der Glaube an die Verantwortung und die Fähigkeiten jedes Einzelnen oder beispielsweise der Familie. Für Entwicklungspolitik bedeutet das: Freiräume schaffen für private Initiative. Was in Deutschland banal klingen mag, ist in vielen Staaten alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Der Staat kann



© photothek.net

Friedrich Kitschelt*

* Dr. Friedrich Kitschelt ist Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

»Die ökologische, soziale und wirtschaftliche Dimension menschlicher Entwicklung muss immer wieder neu durch politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Handeln in Einklang gebracht werden. Dabei müssen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ihr Handeln an gemeinsamen Werten und Normen ausrichten, insbesondere den universellen Menschenrechten.«

Zukunftscharta EINEWELT – Unsere Verantwortung, S. 8

und muss nicht alles regeln – gerade in Entwicklungsländern. Daraus ergibt sich eine unverzichtbare Rolle der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, der Kirchen im Entwicklungsprozess unserer Partner. Das heißt nicht, dass sich der Staat und die staatliche Entwicklungszusammenarbeit aus der Verantwortung stehlen können oder wollen. Vielmehr bedeutet es »Hilfe zur Selbsthilfe«. Subsidiarität wird schließlich drittens ergänzt durch *Solidarität*, also den mitmenschlichen Zusammenhalt, der seine christlichen Ursprünge in der Nächstenliebe hat.

Das ist das Fundament unserer Entwicklungspolitik. Sie ist weltanschaulich neutral, aber eben nicht wertneutral. Sie gründet darauf, Menschen und ihre Verantwortung zu fördern. Insofern ist Zivilgesellschaft ein zentraler Ort und Akteur von Entwicklungspolitik.

Lange Tradition der Zusammenarbeit mit NROs

Seit seiner Gründung hat das BMZ mit entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NROs) zusammengearbeitet – anfangs noch »Hilfswerke« genannt. Die kirchlichen Hilfswerke Misereor und Brot für die Welt und andere entwicklungspolitisch engagierte NROs wie die Kindernothilfe hat das BMZ von Anbeginn an auch finanziell unterstützt. Hintergrund war die Erkenntnis, dass von einer rein wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern nicht automatisch alle Bevölkerungsschichten profitierten. Die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit von NROs war insofern seit Gründung des BMZ komplementär zur staatlichen Entwicklungszusammenarbeit des BMZ und seiner Durchführungsorganisationen.

NROs sind einerseits Partner des BMZ und spielen eine wesentliche Rolle in der Mobilisierung von entwicklungspolitischem Engagement in der Bevölkerung. Sie bringen Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Zusammenarbeit mit ihren Partner-NROs in Entwicklungsländern und der Beschäftigung mit Fragen der Globalisierung und Gerechtigkeit in unsere Gesellschaft ein.

NROs sind andererseits auch kritisches Gegenüber des BMZ, aber auch der multilateralen Organisationen und der EU. Sie beobachten und kommentieren staatliche Politik

und wirtschaftliches Handeln, machen auf Defizite aufmerksam, bringen die Bedürfnisse gesellschaftlich und politisch benachteiligter Gruppen ins Spiel, treten für gesamtgesellschaftliche und zukunftsorientierte Interessen ein (»Advocacy«) und formulieren alternative Politikentwürfe.

Zwischen BMZ und Zivilgesellschaft hat sich dabei durch vielfältige Dialog- und Kooperationsmechanismen ein vertrauensvolles Verhältnis aufgebaut, das in der BMZ-Zivilgesellschaftsstrategie vom November 2014 ausgeführt wird (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2014a). Diese Verhältnis ist gekennzeichnet von einem hohen Maß an Autonomie sowie dem bereits erwähnten Subsidiaritätsprinzip, wonach zivilgesellschaftlichen Lösungen – wo immer möglich und sinnvoll – Vorrang zu geben ist vor Aufgabenübernahme durch den Staat.

Wir fördern die Zivilgesellschaft auch, weil uns an ihrem kritischen Engagement gelegen ist. Sie haben eine wichtige Rolle als »Watch-Dogs«, die bei Bedarf den Finger in Wunden legen. Dem Selbstanspruch an unsere Politik entspricht es, Kritik nicht zu unterdrücken, sondern fruchtbar zu machen, daraus zu lernen – oder sie begründet widerlegen zu können. Und schließlich sind NROs unverzichtbar bei der Beförderung von Veränderungsprozessen und bei der kritischen Begleitung ihrer Umsetzung.

Neue globale Partnerschaft braucht verantwortungsvolle Eliten

Partnerschaft ist zum Leitbegriff der Agenda 2030 geworden. Diese Entwicklungsagenda markiert das Ende von Nord-Süd-Paternalismus und überkommenen Geber-Nehmer-Haltungen. Die neue Entwicklungsagenda ist vielmehr gekennzeichnet durch die Universalität ihrer Ziele und die gemeinsame Verantwortung für globale öffentliche Güter und entwicklungsförderliche Rahmenbedingungen. Wichtige Grundlage sind Transparenz, Monitoring und Rechenschaftspflicht und »multi-stakeholder partnerships«. Denn nur durch Partnerschaften zwischen Regierungen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Privatwirtschaft sind gemeinsam nachhaltige Lösungen für die großen Zukunftsfragen möglich.

Veränderung braucht Reformbereitschaft und Verantwortungsübernahme. Das haben wir gerade erst in unserem Entwurf eines Marshallplans mit Afrika neu und scharf herausgestellt, indem wir Mittelaufwüchse an verantwortungsvolle und teilhabeorientierte Politik binden. Das BMZ setzt also nicht einfach auf sogenannte »Funktionseliten«, sondern auf »Verantwortungseliten«. Wir treten für eine Vorstellung von Elite ein, die ohne jeden Abstrich an der Würde und dem gleichen Rang jedes Menschen, an gleichen Rechten von Frauen und Männern, an der Teilhabegerechtigkeit für Benachteiligte orientiert ist. Zu diesen Verantwortungs-

eliten zählen oft NROs. Die Globalisierung hat die Rahmenbedingungen ihrer entwicklungspolitischen Arbeit verändert. Bei vielen NROs ist die Einsicht gewachsen, dass sich die Lage der Ärmsten der Armen selbst durch Vervielfachung von Hilfsprojekten nicht nachhaltig verbessern lässt, solange gleichzeitig die Weichen der Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik in eine entgegengesetzte Richtung gestellt werden.

Gestaltung der Globalisierung statt Rückkehr zu nationalstaatlichen Lösungen

Durch die Gründung der Welthandelsorganisation WTO Anfang 1995 wurde die Liberalisierung des Welthandels weiter vorangetrieben. Da die Regeln der WTO die Interessen der Entwicklungsländer nur in vergleichsweise geringem Maße berücksichtigten, entzündete sich hieran eine Welle der Globalisierungskritik. In den folgenden Jahren kam es nicht zu neuen Einigungen. Entwicklungsanliegen traten – auch unter dem Eindruck der Finanzkrise seit 2008 – immer weiter in den Hintergrund. Mittlerweile ist die WTO de facto weniger relevant geworden, die großen Handelsmächte haben sich mittlerweile wieder dem Abschluss von bilateralen Handelsverträgen (wie TPP, CETA und TTIP) ohne Beteiligung der Entwicklungsländer verschrieben.

In den letzten Jahren hat sich das Narrativ der Globalisierungskritik verändert: Früher war die Kritik in Deutschland vor allem von der Sorge getrieben, dass die Entwicklungsländer weiter an den Rand gedrängt werden könnten. Heute sehen die Kritiker, neben Umwelt-NROs und Verbraucherschützern auch Gewerkschaften oder Kulturorganisationen, nicht nur die Menschen in Entwicklungsländern, sondern auch im eigenen Land bedroht. Zunehmend – wie in den USA, Frankreich oder Österreich sichtbar – wird Globalisierungskritik unter anderen Vorzeichen auch von Populisten und rechten Parteien betrieben. Die Forderung nach mehr und besseren globalen Regeln (»global governance«) tritt zunehmend zurück hinter dem Wunsch, die Globalisierung zu stoppen und das eigene Land zu schützen.

Aus BMZ-Sicht ist dies keine sinnvolle Option. Aus unserer Sicht kann es nur um eine bessere, eine gerechtere Gestaltung der Globalisierung gehen. Der Zivilgesellschaft kommt hierbei eine entscheidende Rolle zu.

Dialog und Kooperation zu gemeinsamen Zielen

Die Aufwertung des Beitrages der Zivilgesellschaft zur Zukunftspolitik ist für das BMZ Programm. Das BMZ hat daher seine Mittel zur Förderung von Projekten der Zivilgesellschaft in Entwicklungsländern und für ihre Bildungsarbeit in Deutschland in den letzten fünf Jahren um rund ein Drittel gesteigert.

Aber wir geben nicht nur Geld, sondern auch Wertschätzung und ermöglichen Beteiligung: Wie bereits erwähnt, hat das BMZ – auch in Vorbereitung der Agenda 2030 – im Frühjahr 2014 einen breit angelegten Dialog- und Konsultationsprozess gestartet, der im November 2014 in der Publikation der Zukunftscharta »EINWELT – Unsere Verantwortung« mündete (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2014b). Zahlreiche entwicklungspolitische und Menschenrechts-NROs, z.B. die Welthungerhilfe, Amnesty International, Caritas International, Oxfam oder VENRO, aber auch Wirtschaftsverbände wie der BDI und der Bund Katholischer Unternehmer (BKU) und Forschungseinrichtungen, wie das Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) der Uni Bonn oder das Deutsche Institut für Menschenrechte in Berlin waren daran beteiligt.

Als eines von acht prioritären Handlungsfeldern wurde definiert, Wirtschaftswachstum mit Nachhaltigkeit und menschenwürdiger Beschäftigung zu verbinden: »Die Transformation zu nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung in Deutschland [soll] voran[getrieben] und die globalisierte Wirtschaft so [...] gestaltet werden, dass sie den Bedürfnissen der Menschen und der Erhaltung der natürlichen Ressourcen weltweit Rechnung trägt.«

Multiakteurspartnerschaften

In der Praxis gestaltet das BMZ neue Kooperationsansätze mit NROs, Wirtschaft und Wissenschaft – ganz im Sinne der in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen geforderten »Multiakteurspartnerschaften« für nachhaltige Entwicklung¹. Da ein wesentliches Merkmal von Globalisierung die Herausbildung von globalen Liefer- bzw. Wertschöpfungsketten ist, werden Partnerschaften – etwa zur Vermeidung von Kinderarbeit im Kakaoanbau oder für einen besseren Arbeitsschutz im Textilsektor – ausgebildet.

Der Ansatz, durch die Vereinbarung sozialer und ökologischer Standards und Verhaltenskodizes ein Regulativ gegen eine ungezügelt Globalisierung zu setzen, geht im BMZ bereits auf das Jahr 2001 zurück. Damals trat erstmals der »Runde Tisch Verhaltenskodizes« aus Vertretern von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden, NROs, Gewerkschaften und verschiedenen Bundesressorts zusammen. Aus diesem Kreis sind weitere konkrete Initiativen hervorgegangen.

Wir haben diesen Ansatz besonders in der laufenden Legislatur konsequent ausgebaut und weiterentwickelt. Ein Beispiel ist das Forum für nachhaltigen Kakao², das vom BMZ zusammen mit dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ins Leben gerufen wurde. Im Forum

¹ Siehe unter: <https://www.partnerschaften2030.de/>.

² Siehe unter: <http://www.kakaoforum.de/>.

haben sich die Bundesregierung, die deutsche Süßwarenindustrie, der deutsche Lebensmittelhandel, NROs und standardsetzende Organisationen (Fairtrade, Rainforest Alliance und UTZ Certified) zusammengeschlossen. Neben wirtschaftlichen Aspekten und dem Umweltschutz geht es vor allem um bessere Lebensbedingungen für die Bauernfamilien. Die Zivilgesellschaft begleitet das Forum mit wissenschaftlichen Untersuchungen (vgl. Südwind-Institut 2012). Erste Erfolge sind bereits sichtbar: Der Anteil nachhaltig zertifizierten Kakaos im deutschen Markt lag 2011 bei 3% – 2015 waren es bereits 39%. Die Mitglieder des Forums Nachhaltiger Kakao selbst sind bereits bei fast 50% nachhaltig erzeugten Kakaos angelangt. Wir alle sind in der Verantwortung, 100% nachhaltigen Kakao mit substanziellen Standards in den nächsten Jahren zu erreichen.

Ein anderes Beispiel für Multiakteurspartnerschaften ist das Bündnis für nachhaltige Textilien³, das im Oktober 2014 von Bundesminister Dr. Müller (BMZ) aus der Taufe gehoben wurde. Nach zwei Jahren ist die Mitgliedschaft aus Wirtschaft, Gewerkschaften, NROs und standardsetzende Organisationen von 30 auf derzeit rund 190 Mitglieder (Stand: November 2016) angewachsen. Damit deckt das Textilbündnis etwa 55% des deutschen Textileinzelhandelsmarktes ab. Ausgangspunkt für die Gründung des Textilbündnisses war der Einsturz des Fabrikgebäudes Rana Plaza im April 2013 in Bangladesch. Mehr als 1 100 Menschen kamen dabei ums Leben, darunter viele, die auch Kleidung für Abnehmer in Deutschland produziert hatten. Das Textilbündnis setzt bei konkreten Verbesserungen von Arbeits- und Sozialstandards in den Zulieferbetrieben der Textil-Lieferketten (vor allem in Asien) an, dehnt seine Arbeit aber zunehmend auch auf weitere Bereiche aus. Strukturelle Veränderungen soll jetzt ein bündniseigener Anforderungskatalog anstoßen. Anhand von Schlüsselfragen und Indikatoren wird jedes Mitglied seine individuellen Verbesserungsziele in einer sogenannten »Roadmap« festlegen – und sich dann auch daran messen lassen. Können wir Kinderarbeit ausschließen? Wissen wir, mit welchen Chemikalien unsere Textilien gefärbt werden? Sorgen wir für faire Löhne?

Perspektive und Ausblick

Veränderungen brauchen einen langen Atem. Das Thema ökologisch-soziale Grundstandards etwa hat die Bundesregierung, ganz besonders die Bundeskanzlerin, beim G7-Gipfel 2015 in Elmau erfolgreich auf die Tagesordnung gesetzt und erreicht, dass sich die G7 in ihrer Gipfelerklärung vom 8. Juni 2015 dazu verpflichten, weltweit nachhaltige Lieferketten und eine bessere Umsetzung von Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards in Produktionsländern anzustreben (Die Bundesregierung 2015).

Für die Verankerung solcher entwicklungsfördernder Ziele – auch in den vor uns liegenden politischen Prozessen, etwa der deutschen G20-Präsidentschaft – setzt das BMZ weiterhin auf die kontinuierliche konstruktiv-kritische Begleitung durch die Organisationen der Zivilgesellschaft. Denn internationale Regelsetzung »von oben« muss durch konkrete Initiativen »von unten« vorbereitet werden, damit sie zum Erfolg führt. Aus meiner Sicht ist deshalb die Kombination von Dialog mit der Zivilgesellschaft und – wo immer möglich – Kooperation zu den gemeinsamen Zielsetzungen nachhaltiger Entwicklung auch für die Zukunft ein Modell, dessen Potenzial noch lange nicht erschöpft ist.

Literatur

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2014a), *Strategie zur Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik der Post-2015-Welt*, BMZ-Strategiepapier 5/2014.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2014b), *Zukunftscharta »EINEWELT – Unsere Verantwortung«*, Bonn, Berlin.

Die Bundesregierung (2015), *Abschlussklärung G7-Gipfel*, 8. Juni, verfügbar unter: https://www.g7germany.de/Content/DE/_Anlagen/G7_G20/2015-06-08-g7-abschluss-deu.html?nn=1281552.

Südwind-Institut (2012), »Fact-Sheet: Die Wertschöpfungskette von Schokolade«, verfügbar unter: http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2012/2012-24_Fact-Sheet_Die_Wertschoepfungskette_von_Schokolade_Online.pdf.

³ Siehe unter: <https://www.textilbuendnis.com/de/>.



Silke Roth*

Paradoxien von Nichtregierungsorganisationen

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sind aus der Globalisierungsdebatte nicht wegzudenken. Sie spielen eine zentrale, wenn auch widersprüchliche Rolle. In diesem Beitrag werde ich einige Paradoxien aufzeigen und mich insbesondere auf NGOs in der humanitären Hilfe konzentrieren.

Demokratisierung und Politisierung von NGOs

In den vergangenen Jahrzehnten haben Anzahl und Bedeutung von NGOs stark zugenommen. Nach Ende des Kalten Krieges wurden große Hoffnungen in Demokratisierungsprozesse und Akteure der Zivilgesellschaft gesetzt. NGOs wurden als Hoffnungsträger einer demokratischen Globalisierung wahrgenommen (vgl. Klein, Walk und Brunnengraber 2005) und die Transformationsprozesse in den Gesellschaften Mittel- und Osteuropas galten als mögliches Vorbild für weltweite Demokratisierungsprozesse. Allerdings wurde diese optimistische und idealisierende Betrachtung des Beitrags der NGOs bald von einer realistischeren, kritischen Einschätzung abgelöst. Seit den 1990er Jahren wird zunehmend die Politisierung und Instrumentalisierung der bislang als neutral angesehenen humanitären Hilfe diskutiert (vgl. Roth und Klein 2007).

Alter und neuer Humanitarismus

Aber waren humanitäre NGOs jemals neutral? Die Geschichte humanitärer Hilfsorganisationen zeigt auf, dass sie im engen Zusammenhang mit politischen Entwicklungen wie (Welt-)Kriegen, Kolonialismus und Dekolonialisierung sowie dem Kalten Krieg und dessen Ende entstanden sind (vgl. Roth 2015a). Während seit den 1980er Jahren bilaterale Organisationen MitarbeiterInnen abbauten und Bud-

getkürzungen vornahmen, vergrößerten sich die Mitarbeiterzahlen und Budgets von NGOs, und es wurde zunehmend mehr Geld für die humanitäre Hilfe ausgegeben. Parallel zu den UN-Missionen der 1990er Jahre nahm auch die Beteiligung der NGOs in der humanitären Hilfe stark zu. In den 1990er Jahren erhielten die Konfliktherde in Europa mehr Aufmerksamkeit als die anhaltenden gewalttätigen Auseinandersetzungen im Globalen Süden. Die Jugoslawienkriege fanden »vor der Haustür« Westeuropas statt, und JournalistenInnen und Hilfstätige identifizierten sich in stärkerer Masse mit den Bosniern als mit Hilfsbedürftigen in Afrika, Asien oder dem Nahen Osten. Das UNHCR-Mandat in Bosnien galt als Geburtsstunde einer neuen Qualität der Interaktion zwischen Geberländern, den UN-Hilfs- und Flüchtlingsorganisationen sowie den NGOs. Dieser »neue Humanitarismus« (vgl. Rieff 2002, S. 134) hat zu einer enormen Prestigesteigerung der humanitären Hilfstätigkeit in Westeuropa und den USA geführt.

Seit Anfang der 1990er Jahre engagierten sich viele islamische Hilfsorganisationen im Bosnien-Konflikt bei der Unterstützung islamisch-bosnischer Flüchtlinge durch die Bereitstellung von Nahrungsmitteln, Notunterkünften, Kleidung sowie Bildung (vgl. Ghodsee 2011). Viele islamische NGOs gaben offen zu, dass sie die islamische Identität der MuslimInnen im Balkan vor den westlichen Hilfsorganisationen schützen wollten, z.B. durch die Errichtung von Moscheen sowie Sprach- und Religionsunterricht. Während der ideologische Aspekt dieser humanitären Hilfe offensichtlich ist, sollte nicht vergessen werden, dass die westliche Förderung von Demokratie, Menschenrechten, Feminismus, Umweltschutz und Christentum ebenfalls Ideologien reflektiert (vgl. Roth und Klein 2007).

Interessensvertretung und Legitimationsdefizit

NGOs stellen nicht nur Dienste bereit, sie betätigen sich auch politisch und spielen für demokratische Prozesse eine wichtige Rolle. Sie leisten einen wichtigen Beitrag in der politischen Bildung, im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen und in Bemühungen, die politische Beteiligung von Frauen und anderen benachteiligten Gruppen zu fördern. Gleichzeitig leiden sie jedoch unter einem Legitimationsdefizit, denn im Gegensatz zu politischen Parteien werden NGOs nicht gewählt. Die Frage ist damit auch, wem sie Rechenschaft schuldig sind – denjenigen, deren Interessen sie vertreten, ihren eigenen Werten oder denjenigen, die sie finanzieren. NGOs befinden sich also in einer widersprüchlichen Situation. Einerseits vertreten sie die Interessen von politisch marginalisierten Gruppen und bieten denjenigen ohne politische Rechte (z.B. MigrantInnen) eine Möglichkeit, sich zu engagieren. Andererseits fehlt ihnen ein politisches Mandat. Die finanzielle Abhängigkeit von Geldgebern birgt die Gefahr der Kooptation. Krause (2014) stellt fest, dass NGOs in erster Linie Projekte »produzieren«, um Fördermittel zu erhalten.

* Dr Silke Roth ist Associate Professor of Sociology am Department of Sociology, Social Policy and Criminology an der University of Southampton (UK).

Da es eher möglich ist, Fördermittel für erfolgsversprechende Projekte zu erhalten, besteht die Gefahr, dass sich NGOs auf Gruppen konzentrieren, denen leichter zu helfen ist – und es somit eher möglich ist, Erfolg nachzuweisen, während diejenigen, die am meisten auf Hilfe angewiesen sind, weit weniger – wenn überhaupt – unterstützt werden.

In den 1990er Jahren begann eine Gruppe von acht Dachorganisationen internationaler NGOs den NGO-Markt zu dominieren. Hierbei handelt es sich um u.a. um World Vision International, Oxfam, MSF (Médecins sans Frontières/Ärzte ohne Grenzen), CARE und Save the Children. Simeant (2005) vergleicht die Internationalisierung von NGOs mit der Expansion multinationaler Konzerne. Diese »global players« positionieren sich mediengewandt auf den Spendenmärkten. Allerdings lassen sich Unterschiede zwischen NGOs feststellen. So sind im Vergleich zu europäischen humanitären und Menschenrechts-NGOs die amerikanischen NGOs stärker professionalisiert und zahlen höhere Gehälter, während in britischen und französischen NGOs das Ehrenamt eine größere Rolle spielt (vgl. Stroup 2012). Französische NGOs tendieren dazu, einen höheren Anteil Auslandsmitarbeiter, insbesondere medizinisches Personal und Ernährungsspezialisten, zu entsenden, während britische NGOs dazu tendieren, lokale Arbeitskräfte einzustellen und sich auf Armut, Kinderrechte und Bildung zu konzentrieren (vgl. Brauman 2011). Weiterhin gibt es in Frankreich eine stärkere Trennung zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit als in den USA und Großbritannien (vgl. Ryfman 2011). Die finanziell unabhängigeren französischen NGOs sind dafür bekannt, ihre Kritik an und Unabhängigkeit von der Regierung zu betonen (vgl. Davey 2015). Im Gegensatz dazu sind amerikanische NGOs stärker von öffentlicher Förderung abhängig und unterstützen die US-Außenpolitik (vgl. Stroup 2012).

Militarisierung und Sicherheitsrisiken

Hilfsorganisationen sind also von Entpolitisierung, Kommerzialisierung, aber auch Instrumentalisierung gekennzeichnet. Dies wurde besonders offensichtlich, als der ehemalige amerikanische Außenminister Colin Powell die Anwesenheit von NGOs im Irak als »strategisches Interesse« bezeichnete. Aber humanitäre Hilfsorganisationen werden auch auf unterschiedliche Weise durch das Militär unterstützt. So helfen SoldatInnen bei Transport und der Errichtung von Unterkünften und stellen Schutz bereit. Die Kooperation zwischen Militär und humanitären Hilfsorganisationen stellt die Neutralität von humanitären Hilfsorganisationen in Frage und schlug sich in Anschlägen auf die UN sowie auf das Internationale Komitee des Roten Kreuzes in Bagdad nieder. Die Angriffe auf MitarbeiterInnen humanitärer Hilfsorganisationen stieg in den letzten zwei Jahrzehnten dramatisch an (vgl. Fast 2014). Die zunehmende Privatisierung militärischer Operationen und Sicherheitsdienste (die auch von NGOs in

Anspruch genommen werden), wirft darüber hinaus die Frage auf, welche Konsequenzen eine Privatisierung humanitärer Hilfe hätte (vgl. Hopgood 2008). Welche Auswirkungen haben diese Entwicklungen für das »Geschäft mit der Hilfe« im Kontext von Debatten um die Effizienz, Neutralität und Politisierung humanitärer Hilfe? Das Feld ist hier von Widersprüchen gekennzeichnet. Einerseits konkurrieren die Organisationen um Mittel und Personal, und man kann von einer »Industrie« bzw. einem »Markt« (vgl. Klein und Harford 2005) sprechen, andererseits engagieren sich die MitarbeiterInnen unabhängig von finanziellen Anreizen und oft unter großem Risiko für Leben und Gesundheit (vgl. Fast 2014; Frantz 2005; Roth 2015b; Pigni 2016).

Professionalisierung und Marginalisierung lokalen Wissens

Die Konkurrenz um private Spenden und öffentliche Förderung sowie die Kritik an der mangelnden Effizienz humanitärer Hilfsorganisationen blieb nicht ohne Wirkung. Management, technisches und Kontextwissen sowie Personalführung wurden professionalisiert. Anstelle des barmherzigen Samariters tritt die professionelle, wohl informiert handelnde NGO-Mitarbeiterin. Professionalisierung steht allerdings nicht im Gegensatz zu Idealismus. So wechseln manche ManagerInnen, die zuvor in der Wirtschaft erfolgreiche Karrieren verfolgt hatten, auf der Suche nach sinnvoller Tätigkeit zu humanitärer Hilfe (vgl. Roth 2015a). Die zunehmende Professionalisierung der humanitären Hilfe schlug sich in der Einrichtungen von Studiengängen (siehe z.B. das europäische NOHA-Netzwerk) und in der Erarbeitung und Annahme von Standards (z.B. SPHERE) nieder. Die Einführung von Standards ist allerdings nicht unumstritten. Sie können zum Ausschluss von Organisationen, die diesen neuen institutionellen Anforderungen nicht gewachsen sind, führen. Damit beinhalten Professionalisierungsprozesse das Risiko, lokale Angebote abzuwerten und Kreativität und die Fähigkeit zu improvisieren, zu untergraben (vgl. Hillhorst 2002). Standardisierung hat also Vor- und Nachteile – standardisierte Ausrüstungen stellen materialisiertes Gedächtnis dar, was angesichts permanenten Personalwechsels, von großem Vorteil ist. Gleichzeitig stellen standardisierte Verfahren das genaue Gegenteil lokalen Wissens dar. Hilfsorganisationen wie MSF haben dies inzwischen erkannt und bemühen sich darum, stärker auf lokale Ressourcen zurückzugreifen (vgl. Redfield 2008).

Stärkung lokaler Kapazitäten und Dominanz des Nordens

In humanitären Krisen leisten zunächst lokale Gruppen und Institutionen Hilfe bevor internationale Hilfsorganisationen und ihre MitarbeiterInnen eintreffen. Weiterhin sind ca. 90% der MitarbeiterInnen humanitärer Hilfsorganisationen natio-

nale Kräfte. Allerdings sind internationale MitarbeiterInnen, insbesondere EuropäerInnen und AmerikanerInnen, deutlich unter den Führungskräften überrepräsentiert. Mangelnde Kenntnis lokaler Bedingungen kann dazu führen, dass Konflikte ungenau analysiert werden, die lokale Kultur übergangen wird und unangemessene Konzepte und Ansätze verfolgt werden. Um Spannungen zwischen Konfliktparteien abzubauen, ist es wichtig, lokale Organisationen und ihre Expertise in Koalitionen und Verhandlungen einzubeziehen und ihnen Ressourcen zugänglich zu machen. Damit handelt es sich – ebenso wie bei der Koordination – um das Teilen von Macht, Ressourcen, Medienaufmerksamkeit und Verantwortung (vgl. Anderson 1999).

Abschließende Bemerkungen

NGOs sind sowohl Ausdruck von Globalisierungsprozessen als auch Kritiker der negativen Folge von Globalisierung. NGOs agieren international, in Krisengebieten sowie im Kontext von UN-Konferenzen und dem Weltsozialforum und bemühen sich um weltweite Öffentlichkeit im Hinblick auf Menschen- und Frauenrechte, Umweltverschmutzung, Klimawandel und anderen Fragen globaler Gerechtigkeit. Im Kontext von Neoliberalismus übernehmen NGOs zunehmend zuvor staatliche Aufgaben. Dies betrifft sowohl soziale Aufgaben auf der lokalen und nationalen Ebene wie auch im internationalen Kontext. NGOs kritisieren einerseits die mangelnden oder mangelhaften Dienstleistungen des Staates, andererseits übernehmen sie Aufgaben des Wohlfahrtsstaates und der Entwicklungshilfe und entlasten damit den Staat, d.h., sie sind dadurch selbst ein Ausdruck von Neoliberalismus.

Literatur

- Anderson, M. B. (1999), *How Aid can Support Peace – Or War*, Lynne Rienner, Boulder.
- Brauman, R. (2011), »Preface«, in: K. Blanchet und B. Martin (Hrsg.), *Many Reasons to Intervene. French and British Approaches to Humanitarian Action*, Hurst, London, xiii–xvii.
- Davey, E. (2015), *Idealism Beyond Borders: The French Revolutionary Left and the Rise of Humanitarianism, 1954–1988*, Cambridge University Press, Cambridge.
- Fast, L. (2014), *Aid in Danger. The Promises and Perils of Humanitarianism*, University of Pennsylvania Press, Philadelphia.
- Frantz, Chr. (2005), *Karriere in NGOs. Politik als Beruf jenseits der Parteien*, VS Verlag, Wiesbaden.
- Ghodsee, K. (2011), »Examining »Eastern« Aid: Muslim Minorities and Islamic Non-Governmental Organizations in Bulgaria«, *Anthropology of East Europe Review* 23(2), 63–71.
- Hilhorst, D. (2005), »Being Good at Doing Good? Quality and Accountability of Humanitarian NGOs«, *Disasters* 26(3), 193–212.
- Heyse, L. (2007), *Choosing the Lesser Evil: Understanding Decision Making in Humanitarian Aid NGOs*, Ashgate, Aldershot.
- Hopgood, St. (2008), »Saying »no« to Walmart? Money and Morality in Professional Humanitarianism«, in: M. Barnett und Th.G. Weiss (Hrsg.), *Humanitarianism in Question. Politics, Power, Ethics*, Cornell University Press, Ithaca, 98–123.
- Keck, M. und K. Sikkink (1998), *Activists Beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics*, Cornell University Press, Ithaca.
- Klein, A., H. Walk und A. Brunnengräber (2005), »Mobile Herausforderer und alternative Eliten. NGOs als Hoffnungsträger einer demokratischen Globalisierung (einleitender Beitrag)«, in: A. Brunnengräber, A. Klein und H. Walk (Hrsg.), *NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen*. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 400, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 10–77.
- Klein, M. und T. Harford (2005), *The Market for Aid*, International Finance Corporation (World Bank Group), Washington, DC.
- Krause, M. (2014), *The Good Project. Humanitarian Relief NGOs and the Fragmentation of Reason*, University of Chicago Press, Chicago.
- Pigni, A. (2016), *The Idealist's Survival Kit: 75 Simple Ways to Prevent Burnout*, Parallax Press, Berkeley.
- Redfield, P. (2008), »Vital Mobility and the Humanitarian Kit«, in: A. Lakoff und A. Collier (Hrsg.), *Biosecurity Interventions: Global Health and Security in Question*, Columbia University Press, New York, 147–171.
- Rieff, Ph. (2002), *A Bed for the Night. Humanitarianism in Crisis*, Simon and Schuster, New York.
- Roth, S. (2007), »Sisterhood and Solidarity? Women's Organizations in the Expanded European Union«, *Social Politics* 14(4), 460–487.
- Roth, S. (2015a), *Paradoxes of Aid Work. Passionate Professionals*, Routledge, London.
- Roth, S. (2015b), »Aid work as edgework – voluntary risk-taking and security in humanitarian assistance, development and human rights work«, *Journal of Risk Research* 18(2), 139–155.
- Roth, S. und A. Klein (2007), »Humanitäre NGOs im Spannungsfeld von Krisenprävention und Sicherheitspolitik. Einleitung«, in: A. Klein und S. Roth (Hrsg.), *NGOs im Spannungsfeld von Krisenprävention und Sicherheitspolitik*, VS Verlag, Wiesbaden, 9–26.
- Ryfman, Ph. (2011), »Crises of Maturity and Transformation in French NGOs«, in: K. Blanchet und B. Martin (Hrsg.), *Many Reasons to Intervene. French and British Approaches to Humanitarian Action*, Hurst, London, 9–25.
- Simeant, J. (2005), »What is going global? The Internationalization of French NGOs »without borders««, *Review of International Political Economy* 12(5), 851–883.
- Stroup, S.S. (2012), *Borders Among Activists. International NGOs in the United States, Britain and France*. Cornell University Press, Ithaca.
- Watkins, S.C., A. Swidler und Th. Hannan (2012), »Outsourcing Social Transformation: Development NGOs as Organizations«, *Annual Review of Sociology* 38(1), 285–315.



Achim Brunnengräber*

Raues Klima für die Zivilgesellschaft

Die Zivilisierung der Weltpolitik, die im Zuge der UN-Weltkonferenzen in den 1990er Jahren vermutet wurde, war zu der damaligen Zeit eine durchaus realistische Perspektive. Nach Ende des Ost-West-Konfliktes und mit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro (UNCED) wurde die internationale Politik um das zivilgesellschaftliche Engagement bereichert. Die Politik der Regierungen, die Verhandlungsdiplomatie und die internationalen Institutionen waren kaum noch die alleinigen, wenn auch weiterhin die mächtigeren Akteure auf der Bühne der internationalen Politik (vgl. Altvater und Brunnengräber 2002). Die nachfolgende Revolution im Kommunikationsbereich durch die Nutzung des Internets und der *social media* – von Twitter-Nachrichten und Facebook bis Instagram und Flashmobs – trug ganz wesentlich dazu bei. Frauenverbände, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen (NGOs) und Bürgerinitiativen, aber auch JournalistInnen, Kirchen, Gewerkschaften oder Stiftungen, aus denen sich die Zivilgesellschaft bildet, nutzen intensiv das über den Globus gespannte Kommunikationsnetz, um auf globale Missstände hinzuweisen, zu skandalisieren, für *blaming and shaming* oder zur Verbreitung ihrer Gegenpositionen mittels eigener Expertisen und Studien.

In dem Maße aber, wie die internationale Staatengemeinschaft vom Multilateralismus abrückt und sich die Staaten untereinander in der Handels- und Finanzpolitik in Auseinandersetzungen und Konkurrenzkämpfe verstricken, schließt sich auch das Gelegenheitsfenster, das sich für kurze Zeit für die Zivilgesellschaft im Rahmen der UN-Weltkonferenzen der 1990er Jahre geöffnet hatte. Zugleich wird aufgrund der weltpolitischen Krisenerscheinungen und der Terrorgefahren zivilgesellschaftliches Engagement, das nicht per se gut ist, wieder kritischer gesehen. Zugleich veränderten auch viele zivilgesellschaftliche Kräfte ihre politischen Strategien und gehen auf größere Distanz zu den Institutionen, um ihre Forderungen wieder deutlicher artikulieren zu

können. Dabei treten auch ganz neue zivilgesellschaftliche Akteure auf die Bühne nationaler und internationaler Politik. Die zivilgesellschaftlichen Proteste forderten die Machthaber der Welt heraus.

Der »Arabische Frühling« 2010, die Occupy-Wall-Street-Bewegung (OWS, vgl. Lingk 2013), die am 17. September 2011 mit der Besetzung des Zuccotti-Parks in New York ins Blickfeld der Öffentlichkeit rückte, die Proteste gegen die Einweihung der Europäischen Zentralbank 2015 in Frankfurt am Main oder das globale Netzwerk Climate Justice Now! (CJN!) waren immer auch eine Kritik an den herrschenden Verhältnissen (vgl. Herkenrath 2011; Oelson 2011). Sie waren Ausdruck des Widerstands gegen die Formen staatlicher Unterdrückung, die Ungleichverteilung des Reichtums, die Macht der Konzerne und die desaströsen sozialen wie ökologischen Folgen neoliberaler Politik. Das zeigte sich auch am Protest gegen das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP)¹, das seit 2013 zwischen der EU und den USA verhandelt wurde. Dieses wird zwar aufgrund der welthandelskritischen Position des neuen US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump in Frage gestellt. Doch zugleich sind nach dem Wahlschock in den USA erhebliche Spenden an unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen geflossen; u.a. mit dem Ziel, sich gegen Einschränkungen aller Art zu wehren und sich für die Erhaltung des freiheitlichen Wertekanons in den USA einzusetzen.

Von Hoffnungs- zu Gefahrenträgern

Sowohl die kooperativen wie die konfliktiven Strategien stoßen allerdings zunehmend an Grenzen machtvoller Interessenpolitik. Denn die Möglichkeiten der Einflussnahme und die Partizipation an der Politik sind rechtlich nur schwach abgesichert, wie etwa in der Aarhus-Konvention, sondern vielmehr stark von dem Wohlwollen der Regierungen abhängig. So kann auch nach jahrelanger partizipativer Großzügigkeit nationaler oder internationaler Organisationen die politische Teilnahme wieder restriktiv gehandhabt werden. Die deutlichsten Veränderungen vollziehen sich allerdings auf nationalstaatlicher Ebene. Den Regierungen in Afrika, Asien, Lateinamerika oder im Nahen und Mittleren Osten sind insbesondere die ausländischen NGOs ein Dorn im Auge, die die einheimische Zivilgesellschaft stärken. Sie wollen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten durch die Registrierung als »ausländischen Agenten« (vgl. Tagesschau 2016a), wie NGOs in Russland, Malaysia oder Israel (vgl. Spiegel Online 2015) bezeichnet werden, unterbinden und den Geldfluss, der ins Land kommt, kontrollieren.

Bei alledem darf nicht vergessen werden, dass sich zivilgesellschaftliche Akteure schon immer in einem rauen Klima

* PD Dr. Achim Brunnengräber lehrt und forscht an der FU Berlin, Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU).

¹ Offiziell: Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (englisch: Transatlantic Trade and Investment Partnership – früher bekannt unter TAFTA – Trans-Atlantic Free Trade Agreement).

behaupten mussten (vgl. Brunnengräber 2005). Dieses wird heute aber noch weit ungemütlicher, so dass aus demokratischer Perspektive mit einiger Besorgnis auf die eingeschränkten Handlungsspielräume (*»shrinking spaces«*) hingewiesen wird oder darauf, dass politische Arbeit gänzlich unmöglich wird (*»closing spaces«*) (vgl. Carothers und Brechenmacher 2014). Dies gilt nicht nur für autoritäre und halbautoritäre Systeme, sondern auch für vermeintlich demokratische Regierungen (vgl. Unmüßig 2016). Dass sich die Spielräume für zivilgesellschaftliches Engagement nicht zum Besseren verändern, zeigt auch das graphisch aufbereitete Monitoring der Allianz für zivilgesellschaftliche Partizipation CIVICUS. Die Allianz hat sich zur Aufgabe gemacht, die Entwicklungen dort zu beobachten, wo demokratische Prinzipien verletzt werden und stellt eine Zunahme signifikanter Beschränkungen für zivilgesellschaftliches Handeln fest.²

Auch in China (vgl. Tagesschau 2016b), Kambodscha, Indien oder der Türkei werden zivilgesellschaftliche Akteure wie NGOs und Stiftungen, insbesondere solcher ausländischer Provenienz, gegängelt, kontrolliert, diffamiert oder bestimmte politische Aktivitäten werden gänzlich verboten. Die NGO-Aktivitäten werden in administrative, juristische oder auch informelle Schranken verwiesen. Bei Zuwiderhandeln drohen kräftige Geldstrafen, Zensur oder Haft. Andere ausländische NGOs werden aus dem Land verwiesen oder entscheiden selbst, dass sie aufgrund der nicht mehr vorhandenen Bewegungsspielräume das Land verlassen. Schließlich können lebensbedrohliche Gefahren für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht in Kauf genommen werden. In Ägypten haben sich die Räume für zivilgesellschaftliche Aktivitäten fast ganz geschlossen (*no space*). Im Zuge dieser Entwicklung steigt in vielen Ländern die Zahl der Menschenrechtsverletzungen, der Inhaftierungen und von Morden an sog. RegimegegnerInnen, UmweltaktivistInnen oder DissidentInnen. Dabei handelt es sich nicht um einzelne Ereignisse oder Phänomene, sondern um fundamentale Veränderungen in der nationalen und internationalen Politik, bei denen erreichte Fortschritte in der Demokratie wieder zurückgenommen werden (vgl. Drinhausen und Schucher 2015).

Suche nach Ursachen

NGOs müssen sich ganz offensichtlich auf ein restriktiveres politisches Umfeld in der internationalen Politik wie in den Nationalstaaten einstellen, in denen das zivilgesellschaftliche Handeln weiter beschränkt wird. In mindestens 100 Ländern ist dies der Fall, wie CIVICUS in ihrem Jahresbericht 2016 schiebt (vgl. CIVICUS 2016). Dabei ist nur auf den ersten Blick paradox, dass sich die Einflussmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure grundsätzlich erweitern: Zu den klassischen Formen des Protests, der von Boykottaufrufen über Demonstrationen bis zu zivilem Un-

gehorsam reichen kann, sind längst Online-Kampagnen, Massen-E-Mails, Internetpetitionen, Flashmobs oder virtuelle Diskursräume hinzugekommen, die nicht nur eine Erweiterung des Handlungsrepertoires der zivilgesellschaftlichen Akteure darstellen (vgl. van de Donk et al. 2004), sondern stets auch die Grenzen von Nationalstaaten überschreiten. Aber genau dieser grenzenlose Klick-Aktivismus und die dadurch erweiterten und beschleunigten Protest- und Einflussmöglichkeiten sind sicher wichtige Auslöser, die bei den Regierungen zu neuen Restriktionen – wie etwa die Kontrolle des Internets – führen.

Dabei wird nicht in erster Linie die Freihandelsdoktrin an sich, wie sie sich im TTIP-Vertrag widerspiegelt, von den nationalen Regierungen verteidigt, der Multilateralismus oder das Pariser Abkommen zum Schutz des Klimas. Es sind vielmehr die konkreten Großprojekte, gegen die einheimische wie externe Akteure aus der Zivilgesellschaft ihre Stimmen erheben und deren Engagement bekämpft wird. Dazu gehören die Kohle-, Erdöl- oder Gaserschließung ebenso wie Waldrodungen, der Bau von Großstaudämmen, der Bau von Gaspipelines, der Bergbau oder der Verkauf von Agrarflächen an ausländische Investoren (vgl. Global Witness 2015). Vor allem die Kontrolle des Zugangs und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen steht im Vordergrund staatlicher Politik. Mit den Strategien der Inwertsetzung gehen oftmals Menschenrechtsverletzungen, soziale Missstände und ökologische Zerstörungen einher, die von NGOs kritisiert werden. Die Regierungen wiederum sehen ihren Machterhalt in Frage gestellt, zumal die Zivilgesellschaft als Stimme des eigentlichen Souveräns (der Bürgerinnen und Bürger) verstanden werden kann. Zivilgesellschaftliche Kräfte weisen darauf hin, dass die bestehenden staatlichen Formen der Demokratie unzureichend oder totalitäre Regime abzulösen sind.

Düstere Perspektiven

Die Konsequenzen der Verengung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume sind weitreichend. Zum einen verschärft sich innerhalb der Staaten die Polarisierung der Gesellschaft zwischen staatstragenden und zivilgesellschaftlichen Gruppen; die Demokratie gerät unter Druck. Zum anderen verschärft sich in der Renationalisierung der Politik die Konkurrenz unter den Staaten. Einzelstaatliche energiepolitische Strategien, die auf die billige Versorgung mit Öl, Kohle und Gas abzielen, sind wichtiger als multilaterale Vereinbarungen, wie die geostrategischen Auseinandersetzungen um Rohstoffe, geostrategisch wichtige Inseln oder Förderlizenzen für begehrte Seltene Erden zeigen. In den Schwellenländern, die einen erheblichen ökonomischen Nachholbedarf und einen erheblichen Energiehunger haben, sind die Einschränkungen für zivilgesellschaftliches Engagement besonders zu beobachten. Zudem führen die Krisenherde in der Ukraine, in Syrien, in Nigeria oder durch den grenzenlo-

² Siehe unter: <https://monitor.civicus.org/>.

sen Islamischen Staat (IS) und die unzähligen Terroranschläge dazu, dass nationale Sicherheitspolitiken verschärft werden. Antiterrorgesetze werden schließlich auch auf die »ausländischen Agenten« wie auf die inländischen NGOs angewandt. Die Reaktionen auf Proteste können national dann sehr unterschiedlich ausfallen: Sie reichen von der Diffamierung über die Kriminalisierung bis hin zur gewalttätigen (staatlichen) Eskalation.

Während das Ende des Ost-West-Konfliktes und zahlreiche UN-Weltkonferenzen zu ökologischen und sozialen Themen neue zivilgesellschaftliche Räume öffneten, so sind viele Regierungen dabei, die zivilgesellschaftlichen Handlungsräume auf nationaler wie internationaler Ebene wieder deutlich einzuschränken, besser zu kontrollieren oder gänzlich zu schließen. Der zivilgesellschaftlich organisierte Wutbürger, der lautstark seine Stimme erhebt, wird nicht als Bestandteil der Demokratie, sondern als Gefahr für den Machterhalt angesehen. Das zeigt, dass zivilgesellschaftliche Freiräume nicht nur im internationalen System, sondern auch auf nationaler Ebene stets prekär sind. Sie müssen verteidigt werden. Aber was tun, wenn das Engagement lebensbedrohlich wird und das Machtungleichgewicht offensichtlich ist?

Die Heinrich-Böll-Stiftung, das International Civil Society Centre und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen aus aller Welt haben im Oktober 2016 auch aus der Not heraus die »Charta für politische Teilhabe« vorgestellt³. Das Dokument beinhaltet eine Aufforderung an alle, grundlegende Menschen- und Teilhaberechte zivilgesellschaftlicher Akteure zu garantieren. Das ist sicher nur ein kleiner Beitrag gegen die Repressionen, denen Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, NGOs, BloggerInnen oder JournalistInnen ausgesetzt sind. Damit sich etwas ändert, muss jedoch auf vielen weiteren – gesellschaftlichen, staatlich-diplomatischen⁴ oder medialen – Ebenen auf die Missstände und das raue Klima aufmerksam gemacht werden, dem die Menschenrechte und zivilgesellschaftliches Engagement überall auf der Welt ausgesetzt sind.

Fazit

Akteure der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft wurden lange Zeit als Advokaten der Demokratie betrachtet. Für ihr Engagement gegen Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörungen und für eine lebenswertere Welt wurden sie gelobt. Als Korrektiv gegen die desaströsen Auswirkungen neoliberaler Politik und Kritiker des Freihandels kam ihnen eine hohe mediale wie politische Aufmerksamkeit zu. Doch der Wind hat sich gedreht: Heute wird die Zivilgesellschaft zunehmend als Gefahr für den souveränen Nationalstaat gesehen. Die Handlungsspielräume der zivilgesell-

schaftlichen Akteure werden drastisch eingeschränkt. Bereits erreichte Fortschritte in der Demokratisierung werden wieder zurückgenommen.

Literatur

Altwater, E. und A. Brunnengräber (2002), »NGOs im Spannungsfeld von Lobbyarbeit und öffentlichem Protest«, *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B 6-7/2002), 6–14.

Brunnengräber, A. (2005), »Gipfelstürmer und Straßenkämpfer. NGOs und globale Protestbewegungen in der Weltpolitik«, in: A. Brunnengräber, A. Klein und H. Walk (Hrsg.), *NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 400, Bonn, 328–365.

Carothers, Th. und S. Brechenmacher (2014), *Closing Space. Democracy and Human Rights Support under Fire*, Carnegie Endowment for International Peace, Washington D.C.

Drinhausen, K. und G. Schucher (2015), *Zivilgesellschaft unter Druck. Globaler Widerstand gegen Demokratie wächst*, German Institute for Global and Area Studies, Hamburg, verfügbar unter: https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_global_1503.pdf.

CIVICUS (2016), *State of Civil Society Report*, World Alliance for Citizen Participation, verfügbar unter: <http://www.civicus.org/index.php/socs2016>.

Global Witness (2015), *Jahresbericht 2015*, verfügbar unter: <https://www.globalwitness.org/en/about-us/>.

Herkenrath, M. (2011), *Die Globalisierung der sozialen Bewegungen. Transnationale Zivilgesellschaft und die Suche nach einer gerechten Weltordnung*, Springer VS, Wiesbaden.

Lingk, A. (2013), *Der Aufstand der »99 Prozent«. Kapitalismuskritik in ökonomischen Krisenzeiten am Beispiel der Occupy-Bewegung*, Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

Oelsen, Th. (Hrsg.) (2011), *Power and Transnational Activism*, Routledge, London, New York.

Spiegel Online (2015), »Kabinett beschließt Gesetz gegen regierungskritische Organisationen«, *Spiegel Online*, 27. Dezember, verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/israel-kabinett-beschliesst-gesetz-gegen-regierungskritische-ngos-a-1069612.html>.

Tagesschau (2016a), »Russische Meinungsforscher kämpfen um Existenz«, *tagesschau.de*, 25. Oktober, verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/ausland/russland-agenten-101.html>.

Tagesschau (2016b), »China stellt NGOs unter Polizeikontrolle«, *tagesschau.de*, 28. April, verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/china-organisationengesetz-101.html>.

Unmüßig, B. (2016), *Zivilgesellschaft unter Druck – shrinking – closing – no space*, Heinrich-Böll-Stiftung, verfügbar unter: https://www.boell.de/sites/default/files/uploads/2016/03/zivilgesellschaft_unter_druck_shrinking_spaces.pdf.

³ Siehe unter: <https://civiccharter.org>.

⁴ Siehe etwa: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/079/1807908.pdf>.



Matthias Bauer*

Nichtregierungsorganisationen in der TTIP-Debatte: Kommt von Herzen, was auf Herzen wirken soll?

In Deutschland und anderen europäischen Ländern prägen Nichtregierungsorganisationen (Non-Governmental Organisation, NGO) die öffentliche Meinung zu Fragen der Globalisierung so stark wie nie zuvor. Auf Kosten des geplanten Handels- und Investitionsabkommens der EU mit den USA, TTIP, führt eine kleine, stark vernetzte Gruppe von NGOs in vielerlei Hinsicht einen ideologischen Stellvertreterkrieg gegen multinationale Konzerne, nationale Regierungen und die Europäische Union. Die politischen Gegner der NGOs werden dabei häufig per se unter den Generalverdacht gestellt, den Bürgern nachhaltig schaden zu wollen, und entsprechend dieses Verdachts diffamiert. Mit dem Kampagnenslogan »Stopp TTIP« wurde besonders in der deutschen Öffentlichkeit eine trügerische Kakophonie über die Globalisierung angestimmt, die sich in den Köpfen vieler Menschen festgesetzt hat und deshalb mehr ist als vorübergehender Lärm.

Nichtregierungsorganisationen haben die Debatte über TTIP und die Globalisierung emotional vergiftet und üben gerade deshalb erfolgreich Druck auf die Politik aus

Die Anti-TTIP-Bewegung in Deutschland ist entgegen vieler Behauptungen keine Graswurzelbewegung. Sie wurde von einer kleinen Anzahl stark vernetzter zivilgesellschaftlicher Gruppen top-down initiiert. Die inhaltliche und organisatorische Kernarbeit wird dabei von attac Deutschland, dem Bund Umwelt und Naturschutz (BUND), Campact, Foodwatch, Greenpeace, Mehr Demokratie und dem Forum Umwelt und Entwicklung geleistet. Zusammen mit den politischen Parteien DIE GRÜNEN und DIE LINKE wurden in den vergangenen drei Jahren schlagkräftige Protestkampagnen

abgestimmt und organisiert. Sie bündeln personelle Ressourcen, Spenden und vereinnahmte Steuergelder, um offensiv und polarisierend Stimmung gegen die Verhandlungen des Handels- und Investitionsabkommens TTIP zu machen.

Die NGOs setzen in den Kampagnen primär auf Emotionen. Es geht ihnen nicht um eine ausgewogene Debatte über die Vor- und Nachteile von Freihandelsabkommen. Harte wirtschaftliche Argumente jenseits von – anfangs unglaublich vorgetragenen – Wachstums- und Arbeitplatzeffekten zählen nicht oder werden mit allgemeiner Kapitalismuskritik ins Gegenteil verkehrt. Ein Blick auf die von den NGOs konzentriert wiedergegebenen Kritikpunkte offenbart, dass deren Argumente dem empirischen Test nicht standhalten. Diejenigen Kritikpunkte, auf die die empirische Forschung keine abschließenden Antworten geben kann, wurden von der Politik, beispielsweise durch eine umfassende Reform des Investitionsschutzrechts, bereits adressiert (vgl. Braml und Felbermayr 2016; EU-Kommission 2015). Und dennoch: Mit Erfindungsreichtum, Themen-Hopping und einem beständigen Verunglimpfen privatwirtschaftlicher Interessen schafften es die Kampagnenmanager der NGOs, die Deutungshoheit zu gewinnen und die Politik unter Druck zu setzen.

Nationalismus, Wut und Isolation sind die Gewinner einer gefährlichen Spirale des Schweigens

In Deutschland wurde die öffentliche Debatte von den Kampagnenmanagern der erklärten Anti-TTIP-NGO bereits so vergiftet, dass sich inzwischen selbst eingefleischte Befürworter von Freihandel und Globalisierung in der Debatte nicht mehr öffentlich zu Wort zu melden. Erst im September 2016 hat sich der in Deutschland durchaus beliebte Humorist Dieter Nuhr mit einer Satire über die TTIP-Kritiker die Nase verbrannt: »Rechte, Linke, Religiöse [gegen TTIP]. Da gehen die Linken gemeinsam mit Donald Trump und Marine Le Pen und dem Herrn Kaczyński aus Polen. Wahnsinn. Herzlich willkommen im 21. Jahrhundert.« (vgl. WDR 2016, Ergänzung durch den Autor). Mit diesen Äußerungen hat Nuhr im Internet einen Sturm aus Empörung, Hass und Feindseligkeit geerntet: Auf der obskuren Internetseite »Die Propagandaschau – Der Watchblog für Desinformation und Propaganda in deutschen Medien« schrieb man beispielsweise »RegierungscLOWN Dieter Nuhr macht Propaganda für TTIP & CETA«.

Die zunächst mehrheitliche Unterstützung für TTIP in Deutschland ist seit 2013 kontinuierlich und besonders deutlich gefallen. Eine aktuelle Umfrage von DALIA Research kommt zu dem Ergebnis, dass nur noch 32% der Deutschen und 13% der Österreicher für TTIP sind. Zum Vergleich: In Polen und dem Vereinigten Königreich sind zum Stand August 2016 70% der Bürger für TTIP. Selbst im, dem Protektionismus lange zugeneigten, Frankreich wird TTIP von der

* Dr. Matthias Bauer ist Senior Economist beim European Centre for International Political Economy (ECIPE), Brüssel.

Mehrheit der Bürger befürwortet (vgl. DALIA Research 2016). Der deutliche Wandel in der öffentlichen Meinung ist durch das Aufkommen der NSA-Affäre, den politischen und wirtschaftlichen Nachwirkungen der Eurokrise und der damit verbundenen Skepsis gegenüber der Europäischen Union, wenn überhaupt, nur ansatzweise zu erklären. Auch die stilvolle »Liebe zur Planwirtschaft«, wie sie das Institut für Demokratie Allensbach (ifd Allensbach) den Deutschen im Jahr 2013 attestierte, kann lediglich als Nährboden für den Erfolg der Anti-TTIP-Kampagnen in Deutschland in Betracht gezogen werden (vgl. ifd Allensbach 2013).

Mit dem Querschnittsthema TTIP haben die NGOs ein breites Lager aus liberal-konservativ geprägten Kreisen erreicht. Dabei profitieren die Kampagneninitiatoren von lang etablierten Netzwerken, zu denen verschiedene umweltpolitische Organisationen, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und kirchliche Organisationen zählen. Diese wiederum, um politische Profilbildung, Spenden und Mitgliedsbeiträge bemüht, beteiligen sich an Protestaktionen, indem sie beispielsweise die eigenen Mitglieder über E-Mail-Newsletter auffordern, Online-Petitionen leichtgläubig zu »unterzeichnen« (vgl. von der Burchard 2016). Sie suggerieren dabei nach außen häufig das »WIR« und damit bewusst die Botschaft, die Meinungsführerschaft zu haben.

Die »TTIP-Wut« der Deutschen haben sich die NGO-Netzwerke(r) hart erarbeitet

In den sozialen Online-Medien in Deutschland dominierten die Botschaften erklärter Anti-TTIP-Bündnisorganisationen bereits 2014 über 90% der Online-Medienberichterstattung. Die Kampagnenmanager beschränkten sich mit Kalkül auf besonders intuitive, trügerische Metaphern. Nachrichten wie »TTIP ist ein Angriff auf unsere Demokratie«, eine »Attacke gegen unseren Rechtsstaat« oder ein »Trojanisches Pferd multinationaler Konzerne« verbreiteten sich viral im Internet und wurden von klassischen Medien nur selten nachrecherchiert und hinterfragt (vgl. Bauer 2016).

Wie in einer Kurzreportage des ARD-Magazins Plusminus vom 14. Dezember 2016 deutlich wird, zielten die von den Kampagnen-NGOs entwickelten Banner und Schlagzeilen nicht darauf ab, Bürger ausgewogen und evidenzbasiert zu informieren (ARD 2016). Das Gegenteil war der Fall. Auch ein Blick auf die Aufmacher von Google-Bezahlanzeigen zeigt: Mit griffigen Protest-Slogans erzeugten etablierte NGOs wie Greenpeace, Foodwatch oder das Umweltinstitut München bei der Suche nach dem Schlagwort »TTIP« ein nachhaltig negativ geprägtes moralisches Bild von dem Abkommen.

60% der in Bauer (2016) analysierten 1 508 TTIP-Informationsveranstaltungen in deutschen Vereinssälen, Gemeinderäumen und Universitäten wurden von erklärten An-

ti-TTIP-Bündnisorganisationen organisiert. 48% aller auf diesen Veranstaltungen aufgetretenen TTIP-Experten sind Vertreter erklärter Anti-TTIP-Bündnisorganisationen. Von Top-50-Meinungsmachern zu TTIP in Deutschland sind elf Politiker der GRÜNEN, zehn Vertreter von den GRÜNEN nahestehenden NGOs, acht Politiker der SPD, sechs Politiker der LINKEN, sieben Vertreter von Gewerkschaften, sechs Vertreter von kirchlichen NGOs, zwei Politiker der CDU und ein Politiker der FDP. 37 der Top-50-Redner zum Thema TTIP sind Vertreter erklärter Anti-TTIP-Organisationen. Ein Blick auf die öffentlich abrufbaren Vita der Anti-TTIP-Experten zeigt: Sie wurden beruflich ausnahmslos in politischen Parteien, staatlichen Institutionen, Gewerkschaften oder NGOs sozialisiert. Allein dieser Fakt bedürfte einer eingehenderen staats- und moralphilosophischen Analyse, die in diesem Kommentar nicht mit der erforderlichen Sorgfalt geleistet werden kann.

Langjährige persönliche Kontakte und NGO-Netzwerke entfalten eine enorme gesellschaftspolitische Schlagkraft. Ein Beispiel: Das in Berlin ansässige, politisch der Partei DIE GRÜNEN nahestehende, Forum Umwelt und Entwicklung (FuE) rief mit der Kampagne »TTIPunfairhandelbar« pauschal zum Stopp der TTIP-Verhandlungen und zu damit verbundenen Massenprotesten auf. Die Mitgliedsorganisationen des FuE, z.B. der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND), der Deutsche Naturschutzring (DNR), die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und das Hilfswerk der evangelischen Kirchen, Brot für die Welt, entfalten die notwendige Multiplikatorwirkung, indem sie eigene Mitglieder und Mitgliedsorganisationen explizit zur Pauschalverurteilung der TTIP-Verhandlungen anleiteten.

Die undurchsichtige Rolle der Europäischen Kommission

Die Europäische Kommission dürfte den meisten Beobachtern der TTIP-Verhandlungen lediglich als Verhandlungsführer bekannt sein. Weniger bekannt ist, dass Teile der Europäischen Kommission die TTIP-Verhandlungen mit Kalkül bereits seit 2013 durch den Aufbau einer breit angelegten zivilgesellschaftlichen Gegenbewegung unterminierten. Vor allem die Generaldirektion Entwicklungspolitik finanzierte über das niederländische Transnational Institute (TNI) bereits im Jahr 2013 ein breites europäisches Bündnis erklärter Anti-TTIP-NGOs. TNI-Vorstand Susan George, ehemalige Greenpeace-Funktionärin und Ehrenpräsidentin von attac Frankreich, hat auf einer Anti-TTIP-Stakeholder-Konferenz im Europäischen Parlament im Dezember 2014 über das Abkommen gesagt: »TTIP ist ein sehr gefährliches Tier. Ein Tier, das es nicht verdient, in die Liste der bedrohten Tierarten aufgenommen zu werden. Es muss gestoppt werden. Absolut und vollständig.« Insgesamt sind seit 2013 etwa 3 Mio. Euro europäischen Steuergeldes von der Europäischen Kommission an das TNI geflossen.

Besonders brisant ist zudem: Bereits im Jahr 2013 wurde zwischen der Europäischen Kommission und dem TNI explizit vereinbart, dass 3 Mio. europäische Bürger, 100 Europaparlamentarier, 200 Kandidaten für das Europäische Parlament, 600 NGOs und 2 000 Studenten formell für das Thema europäische Investitionspolitik sensibilisiert und/oder für Internetkampagnen gewonnen werden sollten. Die vom TNI finanzierten Partner-NGOs bilden heute den harten Kern des europäischen Anti-TTIP-Bündnisses, das in Fundamentalopposition zu den TTIP-Verhandlungen steht. Nach Angaben der Europäischen Kommission ist eine Evaluierung des Projektes nicht vorgesehen. Die Partnerorganisationen bzw. Subunternehmer des TNI tauchen im Transparenzregister der Europäischen Union nicht als Empfänger von öffentlichen Geldern der Europäischen Kommission auf.

Fazit

NGOs haben in den vergangenen vier Jahren die Deutungshoheit über Freihandelsabkommen gewonnen. Mit Erfindungsreichtum und griffigen Metaphern wollen sie bis heute bestimmen, wie Globalisierung von breiten Teilen der Bevölkerung wahrgenommen werden soll. Dabei sind sie Dritten nicht rechenschaftspflichtig, selbst dann nicht, wenn Kampagnen mit öffentlichen Mitteln finanziert werden. Statt ausgewogen über die Chancen und Folgen von Freihandelsabkommen aufzuklären, üben sich die erklärten Anti-TTIP-Bündnisorganisationen in Fundamentalopposition gegen den Freihandel. Statt zu informieren, wird über moderne Kommunikationskanäle zum Massenprotest aufgerufen. So haben beispielsweise fast 1,6 Mio. Deutsche eine Petition zur europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP (online) gezeichnet. Bis zum Stichtag der Petition gab es hingegen nur etwa 13 000 registrierte Besuche auf der Website der europäischen Kommission, wo die offiziellen Verhandlungsunterlagen explizit auf deutscher Sprache zur Verfügung gestellt werden (vgl. Bauer 2016).

Die Protest-NGOs setzen einerseits auf die Meinungsmacht der sozialen Online-Medien. Andererseits verstehen sie es, Gewerkschaften, klerikale Organisationen, Bauernverbände und auch die deutsche Kulturwirtschaft in die Protestaktionen einzubinden. Gleichzeitig zeichnen sich eher globalisierungsfreundliche und gegenüber den TTIP-Verhandlungen offen eingestellte politische Akteure sowie Vertreter der Wirtschaft durch mangelnde Kampagnenfähigkeit aus. Auch unter Wissenschaftlern ist kritikloses Wegsehen bislang eher die Regel als die Ausnahme.

Die Expertise und moralische Autorität der Anti-TTIP-NGOs darf angezweifelt werden. Neben der Aussicht auf individuelle politische Mandate spielen strategische Organisationsinteressen wie politische Profilbildung und die Maximierung von Spendeneinnahmen eine gewichtige Rolle. Sie erklären auch, warum drängende sozioökonomische Probleme, wie

Einkommens- und Vermögensungleichheit, Bildungs-, Subventions- und internationale Wettbewerbspolitik aufgrund mangelnder Kampagnenfähigkeit und Interessenkonflikten zwischen den NGOs nicht aufgegriffen werden.

Globalisierung sollte als Prozess der Intensivierung einer möglichst diskriminierungsfreien, regelgeleiteten internationalen Arbeitsteilung verstanden werden. Vor dem Hintergrund der seit 20 Jahren festgefahrenen Freihandelsverhandlungen unter dem Dach der Welthandelsorganisation stellen die Verhandlungen über TTIP eine einzigartige Chance dar, eine Blaupause für universell akzeptierte Prinzipien, Handelsregeln und vor allem hohe Standards für die globale Arbeitsteilung zu vereinbaren. Welches Forum, welches Format, wenn nicht TTIP, könnte dazu beitragen, dass nationale Regulierungsgeismen auch jenseits eines transatlantischen Wirtschaftsraumes überwunden werden, damit zukünftig auch Menschen aus den Entwicklungs- und Schwellenländern auf der Basis verlässlicher Regeln und transparenter Regierungsführung von der Einbindung in internationale Wertschöpfungsprozesse profitieren können?

Offene Märkte sind, im Sinne des Soziologen Albert Hirschman (1977), die Basis für die Evolution »leidenschaftsloser, vernunftgeleiteter« sozialer Interaktion, materiellen Wohlstands, moralischer Tugenden und letztlich Frieden. Eine derartige Klarstellung ist notwendiger denn je geworden, muss man sich als (wirtschafts-)wissenschaftlicher Befürworter von TTIP-Verhandlungen und Globalisierung nunmehr den Vorwurf gefallen lassen, man sei ein Lobbyist für multinationale Konzerne oder gar eine Inkarnation böser Mächte. Den Befürwortern friedfertiger offener Gesellschaften und verantwortungsvoller Regierungsführung sollte dies zu denken geben.

Literatur

- ARD (2016), »Freihandel: So schüren Gegner Ängste«, ARD Plusminus, 14. Dezember, verfügbar unter: <http://mediathek.daserste.de/Plusminus/Freihandel-So-schüren-Gegner-Ängste/Video?bcastId=432744&documentId=39512718>.
- Bauer, M. (2015a), *Emotionen statt Argumente – Hintergründe zu den Protesten gegen TTIP*, KAS Analysen und Argumente 173, Berlin.
- Bauer, M. (2015b), *Klicks gegen TTIP, Netzaktivismus als Mittel zur Massenmobilisierung*, KAS Analysen und Argumente 174, Berlin.
- Bauer, M. (2016), »Manufacturing Discontent: The Rise to Power of Anti-TTIP Groups«, ECIPE Occasional Paper 2, November.
- Braml, M. und G. Felbermayr (2016), »Internationaler Investitionsschutz: Die Fakten«, *ifo Schnelldienst* 69(23), 23–28.
- DALIA Research (2016), »What do Europeans think about TTIP? Results from two surveys in April and August 2016«, Präsentation im Rahmen der Konferenz »Manufacturing Discontent – The Rise to Power of Anti-TTIP Groups«, 28. November 2016.
- DNR (2013), *Leistungsbericht des Deutschen Naturschutzrings* 2013, verfügbar unter: <http://www.dnr.de/downloads/leistungsbericht-2013.pdf>.

EU-Kommission (2015), »EU finalises proposal for investment protection and Court System for TTIP«, Pressemitteilung, 12. November, verfügbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6059_en.htm.

Hirschman, A. (1977), *The Passions and the Interests – Political Arguments for Capitalism before its Triumph*, Princeton University Press, First Princeton Classics Edition 2013, Princeton und Oxford.

IfD Allensbach (2013), »IfD Umfrage Nr. 11017«, November, Institut für Demoskopie, Allensbach.

von der Burchard, H. (2016), »Die Freihandelsgegner schlachten ihre goldene Gans«, *Die WELT*, 24. September, verfügbar unter: <https://www.welt.de/wirtschaft/article158334544/Die-Freihandelsgegner-schlachten-ihre-goldene-Gans.html>.

WDR (2016), »CETA und TTIP – Nuhr dafür!«, WDR 2 Zugabe – Beiträge, 16. September, verfügbar unter: <http://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr2/wdr2-zugabe-beitraege/audio-ceta-und-ttip---nuhr-dafuer-100.html>.